

## "Nationale Würde" contra Einmischung von außen

Klaus Voll und Manju Gupta

Der vor einigen Monaten erfolgte Indienbesuch von Arbeitsminister Blüm (siehe "Blüm verdammt Kinderarbeit", in: Südasien, 4-5/95) machte einen unerschwelligen Prozeß öffentlich, der seit Beginn der Gesetzesinitiative des amerikanischen Senators Tom Harkins, die ein Importverbot für Produkte von Kinderarbeit in den USA vorsieht, in Kreisen der indischen politischen Elite und ihrer relevanten Entscheidungsträger loderte und schwelte. Seit diesem Besuch hat sich, von Diplomaten vor Ort in ihrem ganzen Ausmaß wohl noch gar nicht so richtig bemerkt, eine "geradezu feindselige Haltung" gegenüber ausländischen Einmischungs- und Kontrollversuchen, legitimiert durch die Mittelvergabe, herausgebildet. Geld stellt, so die indische Seite, die plötzlich den Kampf gegen Kinderarbeit zu einer Frage von "nationaler Würde" erklärt, nunmehr kein Problem dar. Die indische Regierung verfüge allemal über die nötigen Mittel, um den Ausfall offizieller ausländischer Gelder und selbst auch die von Nicht-Regierungs-Organisationen für diese Zwecke eingesetzten Projektmittel auszugleichen.

Die verschiedenen Akteure in Sachen Kinderarbeit werden sich in Zukunft mit einer dezidierten Position der indischen Regierung auseinandersetzen müssen. Indiens Regierung scheint entschlossen, selbst zum handelnden Akteur im Kampf gegen Kinderarbeit zu werden. So couragiert in deutschen Augen das Auftreten von Arbeitsminister Blüm auch gewesen sein mag, sein Besuch erweist sich im nachhinein als Auslöser dafür, daß Indiens Regierung sich das "evangelisierende und moralisierende" Auftreten ausländischer Politiker und Organisationen in Zukunft nicht mehr gefallen lassen wird. Die südasiatische Führungsmacht, allein schon wegen ihrer schiereren Größe nicht mit einer lateinamerikanischen "Bananen-Republik" gleichzusetzen, lehnt die durch internationale Kanäle fließenden Gelder definitiv und, dies ist noch nicht entschieden, möglicherweise sogar diejenigen von NROs im Bereich Kinderarbeit in Zukunft dankend ab.

### Nein zu deutschem Steuergeld

Der für Kinderarbeit zuständige Joint Secretary K.S. Sarma im Arbeitsministerium kündigte im September 1995 während eines Workshops mit internationaler Beteiligung über die indische Teppich-

industrie das Auslaufen des aus deutschen Steuergeldern finanzierten ILO-Projekts "Child Labour Action Support Programme" (CLASP) für Ende dieses Jahres an. Er machte unmißverständlich klar, daß auch das weltweite Projekt "International Programme for the Elimination of Child Labour" (IPEC) Ende 1996 auslaufen wird und die indische Regierung auf diese Gelder, obwohl sie bis zum Jahre 2001 zur Verfügung stehen, bereitwillig verzichtet.

Das in der Sache richtige, jedoch allzu naßforsche und im Kontext des indischen Herrschaftssystems "unpolitische", sogar als brüskierend empfundene Auftreten von Norbert Blüm hinterließ in der indischen Politik und Administration tiefe Wunden und Verbitterung. Blüms längst überfälliger Besuch in Indien, - nach Aussage des Joint Secretary Sharma lud er sich, nach mehreren von ihm abgesetzten Besuchen, selbst ein und machte Kinderarbeit ungefragt zum zentralen Thema seines Aufenthalts -, löste diese für indische Verhältnisse ungewöhnlich harte und ablehnende Haltung der indischen Regierung maßgeblich aus.

### Warenzeichen "Rugmark" unter Beschuß

Es darf auch bezweifelt werden, ob es äußerst klug war, die von Blüm hochgelobte und aus Deutschland finanzierte 'Rugmark-Foundation' in ihrer Startphase in Indien unter deutschen Vorsitz zu stellen. Nun füllt Maneka Gandhi, im politischen Abseits befindliche Umweltschützerin und "Greenhorn" in Fragen von Kinderarbeit, diese Funktion aus. Fehlt es den verschiedenen Verantwortlichen und Akteuren im Kampf gegen Kinderarbeit am nötigen Fingerspitzengefühl, um die potentiellen indischen Reaktionen angemessen einschätzen zu können? Norbert Blüm hat ungewollt, jedoch keineswegs ohne eigene Mitschuld, einen Scherbenhaufen hinterlassen, der die deutsch-indischen Beziehungen in diesem wichtigen Bereich, d.h. bislang vor allem Teppiche ohne Kinderarbeit, sehr belastet.

Von indischer Seite werden durchaus die Verdienste von Rugmark und auch das Bemühen der Teppich-Kampagne gewürdigt, das Thema Kinderarbeit in der Teppich-Industrie ins deutsche und auch indische Bewußtsein zu rücken. Gegenwärtig sieht es so aus, als ob die indische Regierung wirklich entschlossen ist, ernsthaft gegen Kinderarbeit

vorzugehen. Die Angst der Teppich-Exporteure und auch der Regierung, einen wichtigen Absatzmarkt zu verlieren, beflügelt dieses Vorgehen. Allerdings könnte auch versucht werden, die wahren Verhältnisse im Teppich-Gürtel gegenüber der Außenwelt zu vertuschen. Fest steht, daß, analog zur Position gegenüber Menschenrechts- und Frauenfragen, die indische Regierung nicht bereit ist, sich das Heft aus der Hand nehmen zu lassen. Sie gestattet schon gar nicht ausländischen NGOs und ihren Repräsentanten, ihr das innenpolitische Handlungs- und Meinungsmonopol streitig zu machen.

### Aktionen statt Seminare

Deutsche Spender und Steuerzahler haben ein Anrecht zu erfahren, wie ihre Gelder wirklich eingesetzt werden. Internationale Konferenzen, Studien, Workshops mit wohl klingenden "Aktionsplänen" und Bewußtseinskampagnen verschlingen große Summen. Es ist höchste Zeit, daß nun glaubhaft und überzeugend der weitaus überwiegende Teil der Mittel den befreiten Kinderarbeitern und ihren Familien zugute kommen. Vielleicht ist es dazu sogar zu spät, denn die indische Regierung scheint entschlossen zu sein, in Kürze den Transfer solcher Gelder für diese Zwecke nach dem Motto zu stoppen, "wir finanzieren diese Projekte exklusiv in Zukunft selbst". Selbst wenn die freiwilligen Abgaben deutscher Teppich-Importeure in Zukunft via UNICEF in Indien noch erwünscht sein werden, so sollte genauestens bedacht werden, wofür sie eingesetzt werden. Primarschulziehung zum Beispiel muß die Aufgabe der indischen Regierung sein.

### Rugmark versus Kaleen

Nicht auszuschließen ist, daß Rugmark indisiert wird. Eine Synthese zwischen Rugmark und dem von der indischen Regierung und dem 'Carpet Export Promotion Council' (CEPC) initiierten Kaleen-Siegel ist absehbar. Selbst wenn für kurze Zeit noch eine friedliche Koexistenz beider Siegel erwartet werden darf, liegt das Gesetz des Handelns bei der indischen Regierung und ihren vielfältigen Organisationen. In Zukunft kann es wohl nur darum gehen, wie weit das Ausland, wie weit die deutsche Seite sicherstellen kann, daß Transparenz und Einsicht von außen wenigstens glaubhaft



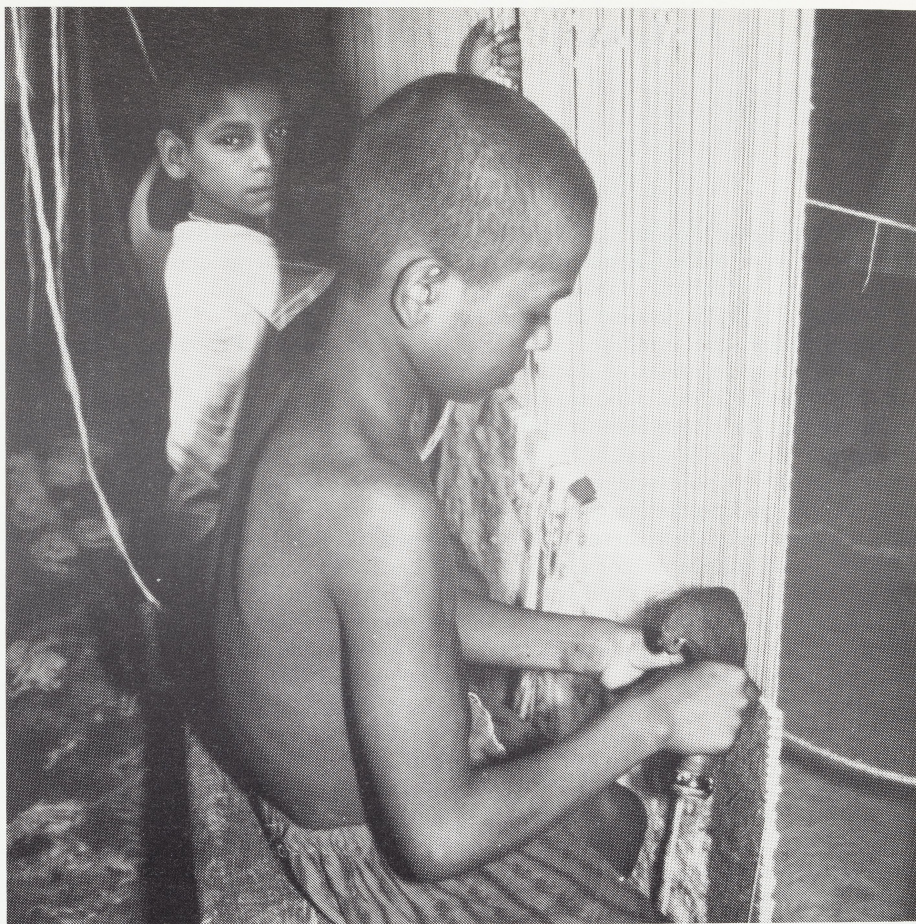
gewährt werden.

Wie kann sichergestellt werden, daß in Zukunft mehr und mehr Teppiche ohne Kinderarbeit die deutschen, europäischen und amerikanischen Märkte erreichen? In den Dörfern des Teppich-Gürtels von Mirzapur/Bhadohi könnten in jedem Dorf sogenannte "Ombudsmen" eingesetzt werden, die als allseits respektierte Personen auch gegenüber einer Kontrollinstitution garantieren, daß das Übel der Kinderarbeit, dazu zählen auch die u.a. aus den wirtschaftlich äußerst unterentwickelten Distrikten Nord-Bihars eingeschleusten Kinderarbeiter, relativ schnell beendet wird. Es sollte darüber nachgedacht werden, ob die Errichtung funktionaler, die Gesundheit der Arbeitenden berücksichtigende Werkhallen mit mehreren Webstühlen und übersichtlicher Anordnung dazu dienen könnte, daß in Zukunft nur noch Erwachsene und vielleicht auch erstmals in größerem Ausmaße Frauen bei der Teppichknüpferei exklusiv eingesetzt werden. Warum sollten nicht Modell-Genossenschaften gebildet werden, die, von Angehörigen der untersten Schichten (Dalits bzw. Harijans) und auch ehemaligen Kinderarbeitern getragen, kinderarbeitsfreie Teppiche herstellen und, die traditionellen Hierarchiestrukturen in der Teppichindustrie sprengend, durch indische und deutsche Förderung direkten Zugang zu Auslandsmärkten erhalten?

### Dialog mit den Betroffenen

Es kann nicht angehen, nur deklamatorisch auf das Los der Unterschichten hinzuweisen. Es gilt diese ganz praktisch und konkret zu fördern, sodaß sie sich im indischen Gesellschaftssystem wirtschaftlich emanzipieren können. Dazu muß die Staatsregierung von Uttar Pradesh, - mit seinen 150 Millionen Einwohnern entspricht dies der Bevölkerung von Deutschland und Frankreich zusammen -, einbezogen werden. Gegenwärtig herrscht dort sicherlich ein Ausdruck des sich rapide vollziehenden politischen und gesellschaftlichen Wandels.

Es ist schon eigenartig: die Advokaten der Rechte arbeitender Kinder scheinen nicht in der Lage bzw. explizit nicht bereit, mit den Vertretern der Dalits in einen Dialog einzutreten. Bildlich gesprochen ist es fast so, als wenn die reformbereite weiße Elite im Apartheid-System Südafrikas sich historisch geweiht hätte, in einen Dialog mit den Repräsentanten der südafrikanischen Befreiungsbewegung einzutreten. Indien ist sicherlich nicht Südafrika, dies wäre eine verfehlte Analyse. Aber im komplexen Herrschaftssystem mit Strukturen von Oberkasten herrschaft, dies sind nur 15-



17 Prozent der indischen Gesellschaft, mutet es schon seltsam an, wenn unsere smarten und wohlmeinenden Handlungsreisenden in Sachen Kinderarbeit, ausgestattet mit gandhianischem Ideengut oder guten humanistischen Zielsetzungen, sich außerstande sehen, die ersten Hürden zu einem umfassenderen gesellschaftspolitischen Dialog mit den wirklich Betroffenen, d.h. den Dalits, den sogenannten "rückständigen Kasten", Moslems sowie den "Ursprungsbewohnern" (Adivasis) und ihren Sprechern zu nehmen.

### Indische Regierung bestimmt Gesetz des Handelns

In einer konzertierten Strategie, in Delhi versammelten sich über 100 Distrikt-Kollektoren aus Gebieten mit hoher Konzentration von Kinderarbeitern zu einem nationalen Workshop Mitte September 1995, - kurz danach folgten Veranstaltungen in verschiedenen Staaten, so z.B. in Madhya Pradesh -, versucht die indische Regierung ganz eindeutig, das Gesetz des Handelns in diesem Menschenrechte und soziale Fragen so zentral berührenden Bereich an sich zu reißen und jegliche Formen ausländischer Einmischung abzuweisen.

Indische Politiker und Spitzenbürokraten, so der neue Development 'Commissioner for Handicrafts' Vinod

Malhotra, räumen im persönlichen Gespräch ein, daß die massenhaft vorhandenen und nicht wegzuleugnenden Kinderarbeiter Resultat ähnlicher Strukturen sind, wie sie in der Industrialisierungsperiode Europas im 19. Jahrhundert vorherrschten. Vinod Malhotra zeigte sich in einem Gespräch Ende September 1995 ausgesprochen daran interessiert, mit maßgeblichen Vertretern der deutschen Botschaft, Dr. Kebschull, dem Leiter des deutsch-indischen Exportförderungsprojektes (IGEP) und anderen relevanten Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen, um die von der indischen Regierung vertretene Politik glaubhaft darzustellen und Zweifel aus deutscher Sicht auszuräumen.

Noch ist der Beobachtungszeitraum zu kurz. Nach einigen Jahren dürfte es einfacher sein zu beurteilen, ob diese Entwicklungen eine Niederlage wohlmeinender und fortschrittlicher Kräfte des Westens darstellen oder vielleicht sogar indirekt einen Erfolg, falls Indiens politische Elite im Namen "nationaler Würde" bereit ist, Reformen in diesem existentiellen Bereich menschlichen Leidens breitenwirksam durchzuführen. Der wirtschaftliche Nutzen mit Wettbewerbsvorteilen für indische Teppich-Exporte und ein verbessertes internationales Ansehen Indiens wären ein großer und dann auch verdienter Lohn für diese Anstrengungen.